

Datenschutzhinweise für pflegebedürftige Personen

gemäß Artt. 12 ff. Datenschutz-Grundverordnung

(DSGVO)

Diese Informationen stehen Ihnen auch online unter

dem folgenden Link zur Verfügung:

[Datenschutzerklärung - Gräflicher Pflegedienst Bad Driburg](#)

Im Rahmen Ihrer Pflege bzw. Ihrer Versorgung ist es erforderlich, personenbezogene und ggf. auch medizinische Daten über Ihre Person zu verarbeiten. Nachfolgend informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten innerhalb unserer Einrichtung sowie im Zusammenspiel mit weiteren an Ihrer Pflege beteiligten Personen oder Institutionen des Gesundheitswesens:

Verantwortliche Stelle i.S.d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten:

Gräfliche Pflegedienst GmbH
Im Bad
33014 Bad Driburg

Telefon: 05253 95-4500
E-Mail: info@graeflicher-pflegedienst.de

Datenschutzbeauftragter der verantwortlichen Stelle:

bITs GmbH
Herr Oliver Baldner
Detmolder Str. 204
33100 Paderborn

Web: www.bits.gmbh
Tel.: 05251 6889480
E-Mail: oliver.baldner@bits.gmbh

Zwecke, für die Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden:

Im Rahmen Ihrer Pflege bzw. Ihrer Versorgung werden über Ihre Person folgende personenbezogene Daten durch die verantwortliche Stelle zu den im Folgenden angegebenen Zwecken verarbeitet:

Im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung eines Pflege- bzw. Leistungsvertrags werden regelmäßig **Stammdaten** wie

- Ihr vollständiger Name,
- Ihr Geburtsdatum,
- Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung,
- Pflegeanamnese,

- Pflegerelevanten biographischen Daten,
- Daten zur Pflegeplanung,
- Einzelne pflegerelevanten Angaben zu Ihrer Person im Pflegebericht,
- Anfertigung von Fotos von Wunden zur Pflegedokumentation und zur Qualitätssicherung sowie zur Weiterleitung der Fotos von Wunden an die für eine pflegebedürftige Person zuständigen Wundmanager und die behandelnden Ärzte, damit diese ihre Leistungen zur Wundversorgung erbringen können,
- Anfertigung und Veröffentlichung von Fotos pflegebedürftiger Personen zu Werbezwecken gemäß der durch die jeweilige pflegebedürftige Person abgegebenen Einwilligungserklärung.

Gegebenenfalls wird ein ärztliches Zeugnis zur Bestätigung angefordert, dass keine ansteckende Lungentuberkulose vorliegt (vgl. hierzu § 36 Absatz 4 Infektionsschutzgesetz).

Im Übrigen werden durch die verantwortliche Stelle nur solche personenbezogenen Daten erhoben, welche für die Erfüllung der im Pflege- bzw. Leistungsvertrag festgelegten Leistungen tatsächlich erforderlich sind (hierzu vgl. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO ggf. i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO, sofern Gesundheitsdaten betroffen sind).

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch die verantwortliche Stelle erfolgt gegebenenfalls, damit die Sozialleistungsträger bei Krankheit oder Pflegebedürftigkeit ihre gesetzlich bestimmten Aufgaben erfüllen können. Welche Daten die Pflegeeinrichtungen in diesem Zusammenhang verarbeiten dürfen, ergibt sich aus den spezialgesetzlichen Regelungen des Fünften und Elften Buches Sozialgesetzbuch.

Neben diesen zur Pflege beziehungsweise zu Ihrer Versorgung erforderlichen Datenverarbeitungen bedarf es auch einer verwaltungsmäßigen Abwicklung unserer Leistungen. Diese bedingt im Wesentlichen die Verarbeitung Ihrer Daten zur Leistungsabrechnung, aus Gründen des Controllings beziehungsweise zur / der Rechnungsprüfung, zur Geltendmachung, Ausübung sowie Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ferner erfolgen gegebenenfalls Datenverbreitungen zur Erfüllung gesetzlicher Meldepflichten, beispielsweise an die Polizei aufgrund des Melderechts, an staatliche Gesundheitsämter aufgrund des Infektionsschutzgesetzes sowie aus Gründen der Betreuung und Wartung von IT-Systemen und IT-Anwendungen.

Von wem erhalten wir Ihre Daten?

Ihre personenbezogenen Daten erheben wir grundsätzlich sofern möglich bei Ihnen selbst, teilweise kann es jedoch auch vorkommen, dass wir von anderen Einrichtungen oder Organisationen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten erhalten, sofern dies zur Erbringung unserer Leistungen erforderlich ist. Diese Daten werden in unserer Einrichtung, im Sinne einer einheitlichen Dokumentation mit Ihren übrigen Daten zusammengeführt.

Wer hat Zugriff auf Ihre Daten?

Die an Ihrer Pflege bzw. Versorgung beteiligten Personen, die bei der verantwortlichen Stelle angestellt sind, haben Zugriff auf Ihre Daten. Zudem hat die Verwaltung, die die Abrechnung Ihrer Pflege bzw. Versorgung vornimmt, Zugriff auf Ihre Daten sowie der Bereich der Terminierung, der für die Planung Ihrer Pflegeeinheiten und sonstigen Maßnahmen zuständig ist. Ihre Daten werden vom Fachpersonal oder unter dessen Verantwortung verarbeitet. Dieses Fachpersonal unterliegt entweder dem sogenannten

Berufsgeheimnis oder einer Geheimhaltungspflicht. Der vertrauliche Umgang mit Ihren Daten wird gewährleistet.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer Daten durch die verantwortliche Stelle:

Soweit die verantwortliche Stelle personenbezogene Daten verarbeitet, die zum Zweck der **Durchführung des Behandlungsvertrags** erforderlich sind, erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf der Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b ggf. i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. h DSGVO.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die **Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung** erforderlich ist, ergibt sich die Rechtsgrundlage aus Art. 6 Abs. 1 lit. c i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. h der DSGVO i.V.m. spezialgesetzlichen Vorschriften des Fachrechts (z.B. den Vorschriften über die Übermittlung bestimmter personenbezogener Daten an Dritte, insbesondere Sozialleistungsträger gem. §§ 294 ff. Fünftes Buch Sozialgesetzbuch sowie die Verpflichtung zur Pflegedokumentation gemäß § 113 Elftes Buch Sozialgesetzbuch).

In Notfallsituationen, in denen die Datenverarbeitung zum Schutz lebenswichtiger Interessen der betroffenen pflegebedürftigen Person erforderlich ist, verarbeitet die verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. d i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO.

Für **alle sonstigen Datenverarbeitungen**, die auf keine gesetzliche Rechtsgrundlage gestützt werden können, erfolgt die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer **Einwilligung** gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a ggf. i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.

Notwendigkeit der Angabe Ihrer personenbezogenen Daten:

Die ordnungsgemäße Abwicklung Ihrer Pflege bzw. Versorgung bedingt die Aufnahme Ihrer personenbezogenen Daten. Ohne Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten können wir unsere Pflege- bzw. Versorgungsleistungen nicht erbringen.

Mögliche Empfänger Ihrer Daten:

In bestimmten Situationen ist die verantwortliche Stelle bereits **aufgrund der Sozialgesetze** zu einer Weitergabe von Sozialdaten an verschiedene Sozialleistungsträger (z.B. Pflege-, Kranken- oder Unfallkassen) verpflichtet. Wenn beispielsweise eine Pflegeeinrichtung die erbrachten Leistungen mit der Pflegekasse abrechnet, ist die Pflegeeinrichtung bereits gesetzlich dazu verpflichtet, der Pflegekasse die für diese Zwecke erforderlichen Daten zu übermitteln. Auch dem Medizinischen Dienst oder der gegenüber ist unsere Pflegeeinrichtung berechtigt und verpflichtet, die für die Qualitätsprüfungen erforderlichen Daten zur Verfügung zu stellen (hierzu vgl. §§ 104 ff. Elftes Buch Sozialgesetzbuch).

In **Notfallsituationen** ist zum Schutz von lebenswichtigen Interessen der betroffenen Person eine Datenverarbeitung von Gesundheitsdaten gesetzlich zulässig, so dass die Pflegeeinrichtung in einer Notfallsituation die Angehörigen oder das Krankenhaus über den Gesundheitszustand der betroffenen Person ggf. ohne Einwilligung informieren darf (hierzu vgl. Art. 6 Abs.1 lit. d i.V.m. Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO).

Im Sterbefall muss ein Todesfall dem Standesamt gegenüber angezeigt werden (§§ 28 ff. Personenstandsgesetz).

Eine Übermittlung erfolgt auch, sofern es eine entsprechende gesetzliche Pflicht hierzu gibt. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn eine Anzeigepflicht geplanter Straftaten besteht. Ordnet eine Sicherheitsbehörde die Offenlegung von Betroffenenaten im Einzelfall an, dann liegt hierin regelmäßig eine hinreichende Übermittlungsbefugnis, so dass die Daten in diesem Fall an die Strafverfolgungsbehörden in solchen Fällen übermittelt werden.

Empfänger Ihrer Daten, die im Rahmen der Erbringung unserer Leistungen im Übrigen Ihre personenbezogenen Daten von uns erhalten und die von uns im Einzelnen genannt werden können, sind folgende Stellen:

Datenempfänger	Übermittlungsgrund / Erbrachte Dienstleistung
Dienstleister zur datenschutzkonformen Vernichtung von Daten und deren aktuellen Unterauftragnehmer	Erbringung von Leistungen im Bereich der Vernichtung / Löschung personenbezogener Daten durch den aktuell eingesetzten Dienstleister als (Haupt-)Auftragnehmer sowie seine aktuellen Unterauftragnehmer im Sinne des Art. 28 DSGVO, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag gem. Art. 28 DSGVO verarbeiten.
Wundmanager und behandelnde Ärzte bei Fotos von Wunden	Wundversorgung
Unternehmen der UGOS Gruppe und deren aktuellen Unterauftragnehmer	Erbringung von IT-Leistungen für die Gräfliche Pflegedienst GmbH gem. Art. 28 DSGVO.

Widerruf erteilter Einwilligungen:

Wenn die Verarbeitung Ihrer Daten auf einer Einwilligung beruht, die Sie gegenüber der verantwortlichen Stelle erklärt haben, dann steht Ihnen das Recht zu, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Diese Erklärung können Sie postalisch oder per E-Mail an die verantwortliche Stelle richten. Eine Angabe von Gründen bedarf es dafür nicht. Der Widerruf gilt allerdings erst ab dem Zeitpunkt, zu dem Sie diesen aussprechen. Er hat keine Rückwirkung. Die Verarbeitung der Daten bis zu diesem Zeitpunkt bleibt rechtmäßig.

Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die verantwortliche Stelle:

Sofern die verantwortliche Stelle zur Durchsetzung ihrer Ansprüche gegen Sie selbst oder Ihrer Pflegekasse gezwungen ist, anwaltliche oder gerichtliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, da die von der verantwortlichen Stelle gestellte Rechnung nicht beglichen wird, muss die verantwortliche Stelle zu Zwecken der Rechteverfolgung die dafür notwendigen Daten zu Ihrer Person und Ihrer Pflege bzw. Versorgung offenbaren.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die pflegebedürftigen Personen, die von Beratungs-, Betreuungs-, Behandlungs- oder Pflegeleistungen erhalten, erhalten diese Leistungen regelmäßig auf der Grundlage eines Vertrages mit der verantwortlichen Stelle. Vertragliche Grundlage bei entgeltlichen

Leistungen ist ein Dienstvertrag nach §§ 611 ff. BGB und bei ambulanten Pflegeleistungen ein Pflegevertrag nach § 120 SGB XI. Bei unentgeltlichen Leistungen handelt es sich in der Regel um ein Auftragsverhältnis nach §§ 662 ff. BGB.

Grundsätzlich haben pflegebedürftige Personen nach Art. 17 Abs. 1 DSGVO einen Anspruch auf unverzügliche Löschung ihrer personenbezogenen Daten gegen die verantwortliche Stelle, wenn sie für die Zwecke, für die sie erhoben worden sind, nicht mehr notwendig sind.

Das Recht auf unverzügliche Löschung besteht allerdings nicht, wenn die Aufbewahrung der personenbezogenen Daten der betroffenen Personen zur Erfüllung einer Rechtspflicht der verantwortlichen Stelle erforderlich ist. Die verantwortliche Stelle darf die personenbezogenen Daten der betroffenen Personen auch nach Beendigung des jeweiligen Vertragsverhältnisses aufbewahren, wenn sie zum Beispiel gesetzliche Aufbewahrungspflichten zu erfüllen hat. Gesetzliche Aufbewahrungsfristen für die verantwortliche Stelle ergeben sich insbesondere aus dem Handelsrecht (betreffend die Rechnungslegung), dem Steuerrecht (betreffend die Überprüfung der Steuerpflichten), dem Sozialrecht (betreffend die Überprüfung regelkonformer Leistungserbringung).

Diese gesetzlich geregelten Aufbewahrungsfristen gelten vielfach überlappend in dem Sinne, dass zum Beispiel bestimmte personenbezogene Abrechnungsdaten der verantwortlichen Stelle sowohl den handelsrechtlichen, sozialrechtlichen als auch steuerrechtlichen Aufbewahrungspflichten unterliegen.

Folgende Aufbewahrungspflichten gelten insbesondere im Rahmen der ambulanten Pflege:

Abrechnungsrelevante Unterlagen	10 Jahre (vgl. hierzu § 147 AO; § 257 HGB)
Pflegevertrag und Pflegedokumentation	Regelmäßig 10 Jahre auf der Grundlage der Aufbewahrungsfristen nach AO, HGB und Pflege-Buchführungsverordnung / PBV (hierzu vgl. § 147 AO, § 257 und § 261 HGB i.V.m. § 6 PBV)
Medizinproduktbücher nach Außerbetriebnahme	5 Jahre (vgl. hierzu § 12 Abs. 3 MPBetreibV)
Gesundheitsdaten in Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz	Bis zur Erreichung der Zweckerfüllung (vgl. hierzu § 23a IfSG)
Risikobehaftete Personenschadensfälle	30 Jahre (vgl. hierzu § 197 Abs. 1 BGB i.V.m. § 199 Abs. 2 und 3 BGB)

Ihre personenbezogenen Daten werden im entsprechenden Zeitraum aufbewahrt und nach Ablauf der vorgenannten Fristen zeitnah datenschutzkonform vernichtet / gelöscht.

Betroffenenrechte

Ihnen stehen sogenannte Betroffenenrechte zu, die Sie als im betroffene Person ausüben können. Dieses Recht können Sie gegenüber unserer Einrichtung geltend machen. Sie ergeben sich aus der

- Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Sie haben das Recht, auf Auskunft über die Sie betreffenden gespeicherten personenbezogenen Daten.

- Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Wenn Sie feststellen, dass unrichtige Daten zu Ihrer Person verarbeitet werden, können Sie Berichtigung verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

- Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Sie haben das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen, wenn bestimmte Löschründe vorliegen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn diese zu dem Zweck, zu dem Sie ursprünglich erhoben oder verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Sie haben das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten. Dies bedeutet, dass Ihre Daten zwar nicht gelöscht aber gekennzeichnet werden, um Ihre weitere Verarbeitung oder Nutzung einzuschränken.

- Recht auf Widerspruch gegen unzumutbare Datenverarbeitung, Art. 21 DSGVO

Sie haben grundsätzlich ein allgemeines Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde wegen Datenschutzverstößen:

Sie haben Sie Recht einer Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtlich nicht zulässig ist.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.